



Wo wir stehen, wohin wir wollen - Positionspapier der Genossenschaft*innen

Einleitung: Wer wir sind

Vor fünf Jahren sind wir mit dem Ziel gestartet, die Genossenschaftsarbeit von innen heraus zu aktivieren und gleichzeitig als kritische Schnittstelle zur Stadtpolitik zu wirken. Entstanden in der Hochphase der Mietenbewegung – als viele Genossenschaftsvorstände gegen Mietendeckel und Vergesellschaftung Stellung bezogen – verstehen wir uns weniger als klassische Vertreter*innen der Genossenschaftsbewegung, sondern vielmehr als Teil der „Stadt-für-alle“-Bewegung.

Wir sind der Überzeugung, dass Genossenschaften trotz rechtlicher Einschränkungen (z. B. § 27 GenG) demokratische Strukturen sind – oder sie können es wieder werden. Unsere Hoffnung war damals, dort, wo das verschüttet ist, durch Aufbau von Netzwerken Genossen*innen zu stärken, die die vorhandenen Gremien wie Generalversammlung und Aufsichtsrat nutzen wollen, um (Alt-)Genossenschaften zu demokratisieren. Unser Motto: Vom Einzelkämpfer zur solidarischen Aktion.

Gleichzeitig haben wir versucht, eine politische Debatte darüber anzustoßen, welche Rolle Genossenschaften in einer sozial-ökologischen Transformation der Stadt spielen können – jenseits reiner Mietensenkung. Denn wer über Mieten spricht, darf über Eigentum, Organisation und Selbstbestimmung nicht schweigen.

Was wir erreicht haben

1. Unsere Webseite hat sich von einem kleinen Infoangebot zum einzigen regelmäßig aktualisierten Portal für Berliner Genossenschaftspolitik entwickelt – mit Nachrichten, Analysen und einem wachsenden Archiv über einzelne Genossenschaften, Konflikte und genossenschaftlich orientierte Wohnungspolitik.

2. Beworben wird die Webseite durch den Newsletter und – in sehr geringem Umfang - Mastodon und Bluesky. Wir erreichen über den Newsletter die stadtpolitische Öffentlichkeit und werden inzwischen auch von Medien und Politik wahrgenommen.
3. Auch mit den „Alternativen Genossenschaftstagen“ und unserer Broschüre haben wir unsere Inhalte in die stadtpolitische Öffentlichkeit getragen. Mit den Genossenschaftstagen in 2020 und 2022 gelang es, Forschung, Politik und Praxis in unterschiedlichen Formaten zu verbinden. Wir konnten wichtige Kontakte knüpfen, doch weitere aktive Mitstreiter*innen konnten wir kaum gewinnen. Die - dankenswerterweise von der RLS unterstützte - Broschüre hat uns viel Anerkennung gebracht. Kürzlich erschienen ist eine 3. aktualisierte Auflage.
4. Die Beteiligung in stadtpolitischen Netzwerken ist gewachsen, öfter werden wir bei Fragen zur Genossenschaftspolitik als Gesprächspartnerin eingeladen – etwa zu Runden Tischen oder Treffen im linken und grünen Spektrum. Im Vorfeld der Wahlen 2021 haben wir das Forderungspapier von 25 wohnungspolitischen Initiativen mitverfasst.
5. Über unsere Kontaktadresse erhalten wir regelmäßig Anfragen zu Wohnungen, Konflikten, rechtlicher Unterstützung oder Aufnahmebedingungen in Genossenschaften. Auch wenn unsere Kapazitäten begrenzt sind, bemühen wir uns um schnelle, sorgfältige Antworten.
6. Konkrete genossenschaftsinterne Arbeit i.S. unserer Zielstellung ist uns zweimal gelungen: mit der Bilanzanalyse zur Groß Berlin eG (was zur Neuwahl des Aufsichtsrates führte) und den Bilanztreffen mit Genossenschaftsmitgliedern einer großen Traditions-genossenschaft, das zum Empowerment von Kandidat*innen für die Vertreter*innenversammlung beigetragen hat.

Was wir nicht erreicht haben

1. Die Förderung von Vernetzung innerhalb der (Alt-)Genossenschaften ist uns nicht gelungen, entsprechende Kontakte sind nach wie vor kaum vorhanden und eine dafür nötige stetige Begleitung lässt sich derzeit personell nicht umsetzen. Den Versuch, unsere Sitzungen in verschiedenen Genossenschaften vor Ort durchzuführen, um zum Austausch auch über praktische Probleme zu kommen, haben wir nach zwei Malen – nicht nur wegen Covid - eingestellt. Die praktische Vernetzung nimmt inzwischen die telegram-Gruppe „Kritische Genosschafter*innen“ wahr, mit der wir kooperieren und in der auch viele von uns Mitglied sind.

2. Unsere Treffen, auf denen wir inhaltliche Schwerpunkte festlegen und überlegen, was wir organisatorisch leisten können, finden derzeit 2 – 3 mal im Jahr statt mit meistens 6 – 8 Personen. Denn trotz aller Präsenz nach außen ist es uns nicht gelungen, eine tragfähige Basisstruktur aufzubauen. Die Corona-Zeit hat viele Ansätze zusätzlich ausgebremst.

3. Nur die alltägliche konkrete Orga-Arbeit von zwei Einzelpersonen hält die Initiative einigermaßen am Laufen.

Unsere Schlussfolgerungen

Weniger Basisanspruch, mehr Struktur: Unsere Kapazitäten sind begrenzt. Wir akzeptieren, dass der Aufbau eines kontinuierlich aktiven Arbeitskreises unter den aktuellen Bedingungen nicht realistisch ist, dass wir nicht mehr werden. D.h. wir setzen die geringen Ressourcen dort ein, wo wir unsere Stärken haben.

Wo wir künftig unsere Schwerpunkte setzen wollen:

1. Die digitale Öffentlichkeitsarbeit: Unsere Webseite und der Newsletter funktionieren, sie sichern Reichweite und Präsenz. Diese digitalen Strukturen werden derzeit durch zwei Genoss*innen gepflegt und weiterentwickelt. Neben der Sicherstellung regelmäßiger Infos und Kommentare konzentrieren wir uns auf den Servicecharakter der Webseite (z.B. für Wohnungssuchende) und eine Umorganisation des Archivs, um eine gezieltere Suche nach Informationen zu ermöglichen.

2. Wir wollen den regelmäßigen Newsletter ergänzen durch schnelle, kurzfristige Interventionen zu aktuellen Konflikten im Kontext Genossenschaften für Medien und Politiker*innen. Das werden in der Regel nur ein paar pointierte Sätze als Stellungnahme sein. Die Statements werden auch in Bluesky und Mastodon eingestellt. Wir werden damit keine Themen setzen, sondern auf (medial verbreitete) Themen reagieren.

3. Politische Vernetzung lohnt sich: Unsere Sichtbarkeit in wohnungs- und stadtpolitischen Debatten hat zugenommen. Das stärkt unser Anliegen und verschafft Genossenschaftskritik Raum. Diese Rolle als politische Ansprechpartner*innen können wir gezielter ausbauen. Dazu wollen wir die Präsenz in den Gesprächskreisen, die wir für wichtig erachten, priorisieren.

4. Spekulation, Mietenexplosion, Verdrängung, Wohnungslosigkeit. Das sind unsere Themen, auch wenn Genossenschaftsmitglieder nicht so stark vom finanzialisierten Wohnungsmarkt betroffen sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Demokratie in der Mietenfrage politisch mitgedacht wird und suchen nach Möglichkeiten, wie wir auch mit geringem Ressourceneinsatz laut sind.

5. Unsere veränderte Ausrichtung wird sich auch auf der Webseite spiegeln. Wir werden deshalb die Unterzeile „vernetzen sich“ ändern in „Stadt für alle“ und damit das genossenschaftliche Ziel einer solidarischen Stadtgesellschaft betonen.

6. Die nächste Wahl ist 2026 und Anlass genug, die Notwendigkeit einer anderen Wohnungspolitik auch aus Genossenschaftsperspektive zu untermauern. Dazu werden wir versuchen, einen Prozess gemeinsamer Forderungsentwicklung wie 2021 (Dossier 2021 - damals organisiert vom Ini-Forum Stadtpolitik) anzustoßen. Falls das nicht gelingt, werden wir eigene Positionen entwickeln und zur Diskussion stellen - öffentlich gemacht mit unserer Webseite, dem Newsletter, einer wie auch immer gearteten Veranstaltung, Pressemitteilungen, etc.

In den letzten fünf Jahren sind wir trotz Corona und trotz Abflauen der Mietenbewegung lauter und einflussreicher geworden. Mit der neuen Weichenstellung sorgen wir dafür, dass auch in Zukunft die Stimme der GENOSSENSCHAFTER*INNEN in der wohnungspolitischen Debatte zu hören sein wird.